

Bundesgesetzblatt ¹⁹⁶⁵

Teil II

Z 1998 A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 20. November 1993

Nr. 40

Tag	Inhalt	Seite
11. 11. 93	Gesetz zu dem Abkommen vom 23. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	1966
21. 10. 93	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Veröffentlichung von deutschen Übersetzungen der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen	1989
3. 11. 93	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 89 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung von Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtungen (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 89)	1990
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1991
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1991
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1992
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur 2. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1992
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1993
14. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1993
19. 10. 93	Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	1994
21. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	1995
22. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Charta der Vereinten Nationen	1995
22. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen	1996

Die ECE-Regelung Nr. 89 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 23. Februar 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 11. November 1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

zugestimmt. Das Abkommen, das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 1

Dem in Mexiko-Stadt am 23. Februar 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag und dem Notenwechsel vom 20. August 1993/21. September 1993 wird

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 11. November 1993

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Convenio
entre la República Federal de Alemania
y los Estados Unidos Mexicanos
para evitar la doble imposición
en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Mexikanischen Staaten –

La República Federal de Alemania
y
Los Estados Unidos Mexicanos

von dem Wunsch geleitet, ihre Wirtschaftsbeziehungen durch die Beseitigung von steuerlichen Hindernissen zu fördern –

deseando fomentar sus relaciones económicas mediante la supresión de obstáculos de índole fiscal, han convenido lo siguiente:

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artículo 1

Ambito Subjetivo

El presente Convenio se aplica a las personas residentes de uno o de ambos Estados Contratantes.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in den Vereinigten Mexikanischen Staaten:
 - aa) die Einkommensteuer (impuesto sobre la renta) und
 - bb) die Aktivensteuer (impuesto al activo) (im folgenden als „mexikanische Steuer“ bezeichnet);
- b) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - aa) die Einkommensteuer,
 - bb) die Körperschaftsteuer,
 - cc) die Vermögensteuer und
 - dd) die Gewerbesteuer (im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die nach seiner Unterzeichnung neben den zur Zeit bestehen-

Artículo 2

Impuestos Comprendidos

(1) El presente Convenio se aplica a los impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, de sus Entidades Federativas o de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Se consideran impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del patrimonio o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles e inmuebles, así como los impuestos sobre las plusvalías.

(3) Los impuestos actuales a los que concretamente se aplica este Convenio son:

- a) en los Estados Unidos Mexicanos:
 - aa) el impuesto sobre la renta, y
 - bb) el impuesto al activo, (que en lo sucesivo se denominan "impuesto mexicano");
- b) en la República Federal de Alemania:
 - aa) el impuesto sobre la renta,
 - bb) el impuesto sobre sociedades,
 - cc) el impuesto sobre el patrimonio,
 - dd) el impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales, (que en lo sucesivo se denominan "impuesto alemán").

(4) El Convenio se aplicará igualmente a los impuestos de naturaleza idéntica o análoga que se establezcan con posteriori-

den Steuern oder an deren Stelle eingeführt werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht,

- a) die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Vereinigten Mexikanischen Staaten oder die Bundesrepublik Deutschland und, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;
- b) der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung, die mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug durchgeführt wird, das von einem Unternehmen betrieben wird, dessen Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat gelegen ist, soweit das Schiff oder Luftfahrzeug nicht ausschließlich zwischen zwei Orten im anderen Vertragsstaat betrieben wird;
- f) der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf Seiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten die Secretaría de Hacienda y Crédito Público und auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht, jeder dort nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht Personen, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig sind.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie

dad a la fecha de la firma del mismo y que se añadan a los actuales o que les sustituyan. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán mutuamente las modificaciones importantes que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.

Artículo 3

Definiciones Generales

(1) A los efectos del presente Convenio, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente:

- a) las expresiones “un Estado Contratante” y “el otro Estado Contratante” significan los Estados Unidos Mexicanos o la República Federal de Alemania, según se derive del contexto, y cuando se empleen en sentido geográfico para los fines del presente Convenio, el área de aplicación de las leyes impositivas del Estado respectivo;
- b) el término “persona” significa cualquier persona física o sociedad;
- c) el término “sociedad” significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que se considere persona moral a efectos impositivos;
- d) las expresiones “empresa de un Estado Contratante” y “empresa del otro Estado Contratante” significan, respectivamente, una empresa explotada por un residente de un Estado Contratante y una empresa explotada por un residente del otro Estado Contratante;
- e) la expresión “tráfico internacional” significa todo transporte efectuado por un buque o aeronave operado por una empresa cuya sede de dirección efectiva esté situada en un Estado Contratante, salvo cuando el buque o aeronave no sea operado más que entre dos puntos situados en el otro Estado Contratante;
- f) la expresión “autoridad competente” significa, en el caso de los Estados Unidos Mexicanos, la Secretaría de Hacienda y Crédito Público y en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Hacienda.

(2) Para la aplicación del Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida en el mismo tendrá, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de este Estado relativa a los impuestos que son objeto del Convenio.

Artículo 4

Residente

(1) A los efectos de este Convenio, la expresión “residente de un Estado Contratante” significa toda persona que en virtud de la legislación de este Estado esté sujeta a imposición en él por razón de su domicilio, residencia, sede de dirección o cualquier otro criterio de naturaleza análoga. Sin embargo, esta expresión no incluye a las personas que estén sujetas a imposición en este Estado exclusivamente por la renta que obtengan procedente de fuentes situadas en el citado Estado o por el patrimonio que posean en el mismo.

(2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una persona física sea residente de ambos Estados Contratantes, su situación se resolverá de la siguiente manera:

- a) esta persona será considerada residente del Estado donde tenga una vivienda permanente a su disposición; si tuviera una vivienda permanente a su disposición en ambos Estados, se considerará residente del Estado con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales);
- b) si no pudiera determinarse el Estado en el que dicha persona tiene su centro de intereses vitales, o si no tuviera una vivienda permanente a su disposición en ninguno de los Estados, se

als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit keines der Vertragsstaaten oder, nach den Bestimmungen des deutschen Rechts, beider Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt auch eine Bauausführung oder Montage oder die damit verbundenen Aufsichtsmaßnahmen, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben, die Beschaffung von Darlehen vorzubereiten oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

considerará residente del Estado Contratante donde viva habitualmente;

- c) si viviera habitualmente en ambos Estados o no lo hiciera en ninguno de ellos, se considerará residente del Estado del que sea nacional;
- d) si no fuera nacional de alguno de los Estados Contratantes o si, en los términos de la legislación alemana, fuera nacional de ambos Estados, las autoridades competentes de los dos Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

(3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una sociedad sea residente de ambos Estados Contratantes, se considerará residente del Estado en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

Artículo 5

Establecimiento Permanente

(1) A efectos del presente Convenio, la expresión “establecimiento permanente” significa un lugar fijo de negocios mediante el cual una empresa realiza toda o parte de su actividad.

(2) La expresión “establecimiento permanente” comprende, en especial:

- a) las sedes de dirección;
- b) las sucursales;
- c) las oficinas;
- d) las fábricas;
- e) los talleres, y
- f) las minas, los pozos de petróleo o de gas, las canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales.

(3) La expresión “establecimiento permanente” comprende asimismo las obras, la construcción o el proyecto de instalación o montaje, o las actividades de inspección relacionadas con ellos, pero sólo cuando tales obras, construcción o actividades continúen durante un período superior a seis meses.

(4) No obstante lo dispuesto anteriormente en este Artículo, se considera que el término “establecimiento permanente” no incluye:

- a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;
- b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;
- c) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean transformadas por otra empresa;
- d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías o de recoger información, para la empresa;
- e) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de realizar por cuenta de la empresa actividades, ya sean de propaganda, suministro de información, de investigación científica, de preparación para la colocación de préstamos, o cualquier otra actividad de carácter preparatorio o auxiliar;
- f) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin del ejercicio combinado de las actividades mencionadas en los incisos a) a e), a condición de que el conjunto de la actividad del lugar fijo de negocios conserve su carácter auxiliar o preparatorio.

(5) Wenn eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – für ein Unternehmen tätig ist und die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in einem Vertragsstaat gewöhnlich ausübt, wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, die Tätigkeiten der Person beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird, abgesehen vom Rückversicherungsgeschäft, ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es im anderen Staat durch eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – Prämien einzieht oder dort befindliche Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, einen Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln und hinsichtlich ihrer kaufmännischen und finanziellen Beziehungen zu diesem Unternehmen keine Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die normalerweise unabhängige Vertreter miteinander vereinbaren würden.

(8) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütung für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Staat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf

(5) No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, cuando una persona – distinta de un agente que goce de un estatuto independiente, al cual se le aplica el párrafo 7 – actúe por cuenta de una empresa y ostente y ejerza habitualmente en un Estado Contratante poderes que la faculten para concluir contratos en nombre de la empresa, se considerará que esta empresa tiene un establecimiento permanente en este Estado respecto de todas las actividades que esta persona realiza por cuenta de la empresa, a menos que las actividades de esta persona se limiten a las mencionadas en el párrafo 4 y que, de haber sido ejercidas por medio de un lugar fijo de negocios, no se hubiera considerado este lugar como un establecimiento permanente, de acuerdo con las disposiciones de este párrafo.

(6) No obstante las disposiciones del presente Artículo, se considera que una empresa aseguradora de un Estado Contratante tiene, salvo por lo que respecta a los reaseguros, un establecimiento permanente en el otro Estado si recauda primas en el territorio del otro Estado o si asegura contra riesgos situados en él por medio de una persona distinta de un agente que goce de un estatuto independiente al que se aplique el siguiente párrafo.

(7) No se considera que una empresa tiene un establecimiento permanente en un Estado Contratante por el mero hecho de que realice sus actividades por medio de un corredor, un comisionista general o cualquier otro agente que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad y que, en sus relaciones comerciales o financieras con dichas empresas, no estén unidas por condiciones aceptadas o impuestas que difieran de las que serían generalmente acordadas por agentes independientes.

(8) El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante, o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera), no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

Artículo 6

Rentas Inmobiliarias

(1) Las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga de bienes inmuebles (incluidas las rentas de explotaciones agrícolas o silvícolas) situados en el otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) La expresión “bienes inmuebles” tendrá el significado que le atribuya el derecho del Estado Contratante en que los bienes en cuestión estén situados. Dicha expresión comprende en todo caso los accesorios, el ganado y equipo utilizado en las explotaciones agrícolas y silvícolas, los derechos a los que se apliquen las disposiciones de Derecho privado relativas a los bienes raíces, el usufructo de bienes inmuebles y los derechos a percibir pagos variables o fijos por la explotación o la concesión de la explotación de yacimientos minerales, fuentes y otros recursos naturales; los buques, embarcaciones y aeronaves no se considerarán bienes inmuebles.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican a las rentas derivadas del uso directo, del arrendamiento o aparcería, así como de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 3 se aplican igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de una empresa y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de trabajos independientes.

Artículo 7

Beneficios Empresariales

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que la empresa realice su actividad en el otro Estado por medio de un establecimiento permanente situado en él. Si la

diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstehen.

(4) Falls es jedoch in bestimmten Fällen in einem Vertragsstaat unmöglich oder übermäßig schwierig ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließen die Bestimmungen des Absatzes 2 nicht aus, daß die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile ermittelt werden; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Die Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Konsortium oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unterneh-

mens realisa su actividad de dicha manera, los beneficios de la empresa pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que puedan atribuirse a este establecimiento permanente.

(2) Sin perjuicio de lo previsto en el párrafo 3, cuando una empresa de un Estado Contratante realice su actividad en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán a dicho establecimiento los beneficios que éste hubiera podido obtener de ser una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

(3) Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos en los que se hayan incurrido para la realización de los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines, tanto si se efectúan en el Estado en que se encuentre el establecimiento permanente como en otra parte.

(4) En tanto que en un Estado Contratante resulte imposible o excesivamente difícil determinar en ciertos casos especiales los beneficios imputables a los establecimientos permanentes con arreglo a lo dispuesto en el párrafo 2, lo establecido en dicho párrafo no impedirá que los beneficios imputables a los establecimientos permanentes se determinen sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios contenidos en el presente Artículo.

(5) No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

(6) A los efectos de los párrafos anteriores, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder en otra forma.

(7) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros Artículos de este Convenio, las disposiciones de aquéllos no quedarán afectadas por las del presente Artículo.

Artículo 8

Navegación Marítima y Aérea

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante procedentes de la operación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva.

(2) Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del mismo, y si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que resida la persona que opere el buque.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican también a los beneficios procedentes de la participación en un consorcio o en un organismo internacional de explotación.

Artículo 9

Empresas Asociadas

Cuando:

- a) una empresa de un Estado Contratante participe directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa del otro Estado Contratante, o
- b) unas mismas personas participen directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa de un

mens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine unternehmerische Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesen Fällen ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y en uno y otro caso las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones aceptadas o impuestas que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que habrían sido obtenidos por una de las empresas de no existir estas condiciones, y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, pueden ser incluidos en los beneficios de esta empresa y sometidos a imposición en consecuencia.

Artículo 10 Dividendos

(1) Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Sin embargo, estos dividendos pueden también someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida la sociedad que pague los dividendos, y según la legislación de este Estado, pero si el perceptor de los dividendos es el beneficiario efectivo, el impuesto así exigido no podrá exceder del:

- a) 5 por 100 del importe bruto de los dividendos si el beneficiario efectivo es una sociedad (excluidas las sociedades de personas) que posea directamente al menos el 10 por 100 del capital de la sociedad que paga los dividendos;
- b) 15 por 100 del importe bruto de los dividendos en todos los demás casos.

Este párrafo no afecta a la imposición de la sociedad respecto de los beneficios con cargo a los que se paguen los dividendos.

(3) El término “dividendos” empleado en el presente Artículo significa los rendimientos de las acciones o bonos de disfrute, de las partes de minas, de las partes de fundador u otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales sujetas al mismo régimen fiscal que los rendimientos de las acciones por la legislación del Estado en que resida la sociedad que las distribuya.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario efectivo de los dividendos, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante, del que es residente la sociedad que paga los dividendos, una actividad empresarial a través de un establecimiento permanente aquí situado, o presta unos trabajos independientes por medio de una base fija aquí situada con los que la participación que genera los dividendos esté vinculada efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del Artículo 7 o del Artículo 14, según proceda.

(5) Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante obtenga beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad, salvo en la medida en que estos dividendos sean pagados a un residente de este otro Estado o la participación que genere los dividendos esté vinculada efectivamente a un establecimiento permanente o a una base fija situada en este otro Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

Artículo 11 Intereses

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; wenn aber der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, darf die Steuer folgende Beträge nicht übersteigen:

- a) 10 vom Hundert des Bruttobetrags bei Zinsen aus Krediten, die von Banken, Versicherungen und Pensionsfonds gewährt werden;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags bei allen anderen Zinsen.

(3) Während eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens findet anstelle des in Absatz 2 Buchstabe a vorgesehenen Satzes der Satz von 15 vom Hundert Anwendung.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 können die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat, in dem der Nutzungsberechtigte der Zinsen ansässig ist, besteuert werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a) bei der genannten Person handelt es sich um einen der Vertragsstaaten, die Bank von Mexiko oder die Deutsche Bundesbank;
- b) die Zinsen werden von einer der unter Buchstabe a genannten Personen gezahlt;
- c) die Zinsen werden auf Grund von Darlehen mit einer Laufzeit von drei oder mehr Jahren gezahlt, die von öffentlichen Finanzierungs- oder Bürgschaftseinrichtungen gewährt oder abgesichert werden, die dem Zweck dienen, durch Gewährung von Krediten oder Garantien zu Vorzugsbedingungen den Export oder die Entwicklung zu fördern.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst jedoch nicht die in Artikel 10 genannten Einkünfte.

(6) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine unternehmerische Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten der Zinsen oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung oder Gesamtheit der Forderungen, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines

(2) Sin embargo estos pueden también someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, y de acuerdo con la legislación de este Estado; pero si el perceptor de los mismos es el beneficiario efectivo, el impuesto así exigido no puede exceder del:

- a) 10 por 100 del importe bruto de los intereses provenientes de préstamos otorgados por bancos, instituciones de seguros y fondos de pensiones y jubilaciones;
- b) 15 por 100 del importe bruto de los intereses en los demás casos.

(3) Durante un período de 5 años a partir de la fecha en que surtan sus efectos las disposiciones del presente Convenio, la tasa del 15 por 100 se aplicará en lugar de la prevista en el inciso a) del párrafo 2.

(4) No obstante las disposiciones del párrafo 2, los intereses mencionados en el párrafo 1 sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que es residente el beneficiario efectivo de los intereses, si satisface alguno de los requisitos siguientes:

- a) dicha persona sea uno de los Estados Contratantes, el Banco de México o el Deutsche Bundesbank;
- b) los intereses sean pagados por una persona de las mencionadas en el inciso a) anterior;
- c) los intereses sean pagados por préstamos a plazo de tres años o más, concedidos o garantizados por entidades de financiamiento o de garantía de carácter público, cuyo objeto sea promover la exportación o el desarrollo mediante el otorgamiento de créditos o garantías en condiciones preferenciales.

(5) El término “intereses”, empleado en el presente Artículo, significa los rendimientos de créditos de cualquier naturaleza, con o sin garantías hipotecarias o cláusulas de participación en los beneficios del deudor, y especialmente las rentas de fondos públicos y bonos u obligaciones, incluidas las primas y premios unidos a estos títulos, así como cualquier otra renta que la legislación fiscal del Estado de donde procedan los intereses asimile a los rendimientos de las cantidades dadas en préstamos. Sin embargo, el término “intereses” no incluye las rentas a que se refiere el Artículo 10.

(6) Las disposiciones de los párrafos 1, 2 y 3 no se aplican si el beneficiario efectivo de los intereses, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante, del que proceden los intereses, una actividad empresarial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta unos servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el crédito que genera los intereses esté vinculado efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del Artículo 7 o del Artículo 14, según proceda.

(7) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, una de sus Entidades Federativas, una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la deuda que da origen al pago de los intereses y que soporten la carga de los mismos, éstos se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde estén situados el establecimiento permanente o la base fija.

(8) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de los intereses o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito o del conjunto de créditos por el que se paguen, exceda del importe que hubieran convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este Artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a

jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(9) Dieser Artikel ist nicht anzuwenden, wenn der den gezahlten Zinsen zugrundeliegende Kredit hauptsächlich zu dem Zweck vereinbart oder eingeräumt wurde, in den Genuß dieses Artikels zu kommen. Vor Anwendung dieses Absatzes konsultieren die zuständigen Behörden einander.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Die Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ umfaßt auch die Vergütungen, die auf Grund der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Rechte gezahlt werden, wenn sie von der Ertragskraft oder der Nutzung dieser Vermögenswerte oder Rechte abhängen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine unternehmerische Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesen Fällen ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zahlungen, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten der Lizenzgebühren oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(7) Dieser Artikel ist nicht anzuwenden, wenn das den gezahlten Lizenzgebühren zugrundeliegende Recht hauptsächlich zu dem Zweck vereinbart oder eingeräumt wurde, in den Genuß dieses Artikels zu kommen. Vor Anwendung dieses Absatzes konsultieren die zuständigen Behörden einander.

imposición, de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

(9) Las disposiciones del presente Artículo no serán aplicables cuando el crédito por el que los Intereses son pagados, se concertó o asignó principalmente con el propósito de tomar ventaja de este Artículo. Las autoridades competentes deberán consultarse previamente a la aplicación de este párrafo.

Artículo 12 Regalías

(1) Las regalías procedentes de un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Sin embargo, estas regalías pueden también someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero si el perceptor de las regalías es el beneficiario efectivo el impuesto así exigido no puede exceder del 10 por 100 del importe bruto de las regalías.

(3) El término “regalías” empleado en el presente Artículo significa las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de un derecho de autor sobre una obra literaria, artística o científica, incluidas las películas cinematográficas, de una patente, marca de fábrica o de comercio, dibujo o modelo, plano, fórmula o procedimiento secreto, así como por el uso o la concesión de uso de un equipo industrial, comercial o científico, y por las informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas. El término “regalías” también incluye las cantidades que se deriven de la enajenación de dichos bienes o derechos cuando estén condicionados a la productividad o uso de tales bienes o derechos.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario efectivo de las regalías, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante de donde procedan las regalías una actividad empresarial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta unos servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el derecho o propiedad por los que se pagan las regalías estén vinculados efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del Artículo 7 o del Artículo 14, según proceda.

(5) Las regalías se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, una de sus Entidades Federativas o una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la obligación de pagar las regalías y que soporten la carga de las mismas, éstas se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente o la base fija.

(6) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de las regalías o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de las regalías pagadas exceda de las que hubieran convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este Artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

(7) Las disposiciones del presente Artículo no serán aplicables cuando el derecho por el que las regalías son pagadas se concertó o asignó principalmente con el propósito de tomar ventaja de este Artículo. Las autoridades competentes deberán consultarse previamente a la aplicación de este párrafo.

Artikel 13**Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und Beteiligungen an einem Unternehmen, das in einem Vertragsstaat ansässig ist, können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 12 können Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14**Selbständige Arbeit**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, mit Ausnahme der folgenden Umstände, unter denen die genannten Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden können:

- a) wenn die Person im anderen Vertragsstaat eine feste Einrichtung hat, über die sie für die Ausübung ihrer Tätigkeiten regelmäßig verfügt; in diesem Fall können in diesem anderen Staat nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zuzurechnen sind; oder
- b) wenn sie sich in diesem anderen Vertragsstaat insgesamt wenigstens 183 Tage während eines zusammenhängenden Zeitraums von zwölf Monaten aufhält; in diesem Fall können in diesem anderen Staat nur die Einkünfte aus den Tätigkeiten besteuert werden, die sie in diesem anderen Staat ausübt.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15**Unselbständige Arbeit**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Ver-

Artículo 13**Ganancias de Capital**

(1) Las ganancias que un residente de un Estado Contratante obtenga de la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el Artículo 6, situados en el otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que un residente de un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de trabajos independientes, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación de este establecimiento permanente (sólo o con el conjunto de la empresa) o de esta base fija, pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(3) Las ganancias derivadas de la enajenación de buques o aeronaves operados en tráfico internacional o de bienes muebles afectos a la operación de estos buques o aeronaves, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante donde esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Las ganancias derivadas de la enajenación de acciones y de participaciones en una sociedad residente de un Estado Contratante pueden someterse a imposición en este Estado.

(5) Salvo lo previsto en Artículo 12, las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 4 sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida el transmitente.

Artículo 14**Trabajos Independientes**

(1) Las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga por la prestación de servicios profesionales u otras actividades de naturaleza independiente sólo pueden someterse a imposición en este Estado, excepto en las siguientes circunstancias, en que dichas rentas podrán también ser sometidas a imposición en el otro Estado Contratante:

- a) cuando dicho residente tenga en el otro Estado Contratante una base fija de la que disponga regularmente para el desempeño de sus actividades; en tal caso, sólo puede someterse a imposición en este otro Estado Contratante la parte de las rentas que sea atribuible a dicha base fija; o
- b) cuando su estancia en el otro Estado Contratante es por un período o períodos que sumen o excedan en total de 183 días en cualquier período continuo de doce meses; en tal caso, sólo puede someterse a imposición en este otro Estado la parte de la renta obtenida de las actividades desempeñadas por él en este otro Estado.

(2) La expresión “servicios profesionales” comprende especialmente las actividades independientes de carácter científico, literario, artístico, educativo o pedagógico, así como las actividades independientes de los médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contadores.

Artículo 15**Trabajos Dependientes**

(1) Sin perjuicio de lo dispuesto en los Artículos 16, 18 y 19, los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que el empleo se ejerza en el otro Estado Contratante. Si el empleo se ejerce aquí, las remuneraciones percibidas por este concepto pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por un residente de un Estado Contratante por

tragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines zusammenhängenden Zeitraums von zwölf Monaten aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16 **Aufsichtsrats- und** **Verwaltungsratsvergütungen**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft sowie, im Falle Mexikos, in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer (administrador) oder Vertreter in der Hauptversammlung (comisario) einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17 **Künstler und Sportler**

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden. Wenn ein in einem Vertragsstaat ansässiger Künstler oder Sportler aus dem anderen Vertragsstaat Einkünfte aus Leistungen bezieht, die mit seiner persönlichen Bekanntheit in Zusammenhang stehen, können diese Einkünfte im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 können Einkünfte im Sinne dieses Artikels, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person auf Grund der Ausübung ihrer Tätigkeit im anderen Vertragsstaat bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn die Tätigkeit unmittelbar oder mittelbar von diesem Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder öffentlichen Einrichtungen finanziert wird.

Artikel 18 **Ruhegehälter**

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19 **Öffentlicher Dienst**

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskör-

peren de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante sólo pueden someterse a imposición en el primer Estado si:

- a) el perceptor no permanece en total en el otro Estado, en uno o varios periodos, más de ciento ochenta y tres días, en cualquier periodo continuo de doce meses;
- b) las remuneraciones se pagan por o en nombre de una persona empleadora que no es residente del otro Estado; y
- c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que la persona empleadora tiene en el otro Estado.

(3) No obstante las disposiciones precedentes del presente Artículo, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave operado en tráfico internacional pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16 **Honorarios de Directores**

Los honorarios de directores y retribuciones similares que un residente de un Estado Contratante obtenga como miembro de un Consejo de administración o de vigilancia así como, en el caso de México, en su calidad de administrador o de comisario de una sociedad residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en este otro Estado.

Artículo 17 **Artistas y Deportistas**

(1) No obstante lo dispuesto en los Artículos 14 y 15, las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga del ejercicio de su actividad personal en el otro Estado Contratante, en su calidad de artista del espectáculo, tal como actor de teatro, cine, radio o televisión, o músico, o como deportista, pueden someterse a imposición en este otro Estado. Cuando un artista del espectáculo o un deportista, residente de un Estado Contratante, obtenga del otro Estado Contratante rentas correspondientes a servicios relacionados con su notoriedad personal, estas rentas pueden someterse a imposición en este otro Estado.

(2) No obstante lo dispuesto en los Artículos 7, 14 y 15, cuando las rentas derivadas de las actividades ejercidas por un artista o deportista personalmente y en calidad de tal se atribuyan, no al propio artista o deportista, sino a otra persona, estas rentas pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que se realicen las actividades del artista o deportista.

(3) No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, las rentas a que se refiere este Artículo, que obtenga un residente de un Estado Contratante por sus actividades ejercidas en el otro Estado Contratante sólo podrán someterse a imposición en el primer Estado cuando dichas actividades sean financiadas, directa o indirectamente, por este Estado, una de sus Entidades Federativas, sus subdivisiones políticas, entidades locales o instituciones de derecho público.

Artículo 18 **Pensiones**

Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 1 del Artículo 19, las pensiones y demás remuneraciones análogas pagadas a un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo anterior sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

Artículo 19 **Funciones Públicas**

(1) Las remuneraciones, inclusive las pensiones, pagadas por un Estado Contratante, una de sus Entidades Federativas o una

perschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer unternehmerischen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines zwischen den Vertragsstaaten oder mit einem ihrer Länder vereinbarten Entwicklungshilfeprogramms an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in einen der Vertragsstaaten mit dessen Zustimmung entsandt worden sind, sofern sie aus öffentlichen Mitteln stammen, die ausschließlich vom anderen Vertragsstaat oder einem seiner Länder bereitgestellt werden.

Artikel 20 **Studenten**

Zahlungen, die ein Student, Lehrling oder Praktikant, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21 **Andere Einkünfte**

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich genannten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können in den vorhergehenden Artikeln nicht genannte Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht, die aus dem anderen Vertragsstaat stammt, auch im anderen Staat nach Maßgabe der Gesetze dieses Staates besteuert werden.

Artikel 22 **Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, oder das von einem Unternehmen im anderen Vertragsstaat verwendet oder verarbeitet wird, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

de sus subdivisiones políticas o entidades locales a una persona física, por razón de servicios prestados a este Estado, o a esta Entidad Federativa, subdivisión o entidad, sólo pueden someterse a imposición en este Estado. Sin embargo, estas remuneraciones sólo pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante si los servicios se prestan en este Estado y la persona física es un residente de este Estado que no posee la nacionalidad del Estado mencionado en primer lugar.

(2) Lo dispuesto en los Artículos 15, 16, 17 y 18 se aplica a las remuneraciones y pensiones pagadas por razón de servicios prestados dentro del marco de una actividad empresarial realizada por un Estado Contratante, una de sus Entidades Federativas o una de sus subdivisiones políticas o entidades locales.

(3) Lo dispuesto en el párrafo 1 se aplica a las remuneraciones que se paguen en el marco de un programa de cooperación al desarrollo convenido entre los Estados Contratantes o con una de sus Entidades Federativas, a los expertos o voluntarios enviados a uno de los Estados Contratantes con el consentimiento del mismo, siempre y cuando procedan de presupuestos públicos que hayan sido aportados en su totalidad por el otro Estado Contratante o una de sus Entidades Federativas.

Artículo 20 **Estudiantes**

Las cantidades que reciba para cubrir sus gastos de mantenimiento, estudios o formación un estudiante o una persona en prácticas que sea o haya sido inmediatamente antes de llegar a un Estado Contratante residente del otro Estado Contratante y que se encuentre en el primer Estado con el único fin de proseguir sus estudios o formación no pueden someterse a imposición en este Estado siempre que procedan de fuentes situadas fuera de este Estado.

Artículo 21 **Otras Rentas**

(1) Las rentas de un residente de un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los Artículos anteriores, sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

(2) No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, las rentas de un residente de un Estado Contratante no mencionadas en los Artículos anteriores, y que tengan su origen en el otro Estado Contratante también pueden someterse a imposición en este otro Estado, de acuerdo con la legislación de dicho Estado.

Artículo 22 **Patrimonio**

(1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, según se definen en el Artículo 6, propiedad de un residente de un Estado Contratante y ubicado en el otro Estado Contratante, puede someterse a imposición en este otro Estado.

(2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, por bienes muebles que pertenezcan a una base fija que un residente de un Estado Contratante disponga en el otro Estado Contratante para la prestación de trabajos independientes o por bienes muebles que sean utilizados o transformados por una empresa en el otro Estado Contratante, puede someterse a imposición en este otro Estado.

(3) El patrimonio constituido por buques o aeronaves operados en tráfico internacional, así como por bienes muebles afectos a la operación de tales buques o aeronaves, sólo puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

Artikel 23**Methoden zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung**

(1) Bei einer in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässigen Person wird unter den im mexikanischen Recht vorgesehenen Voraussetzungen die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässige Personen können auf die von ihnen zu zahlende mexikanische Steuer die gezahlte deutsche Steuer bis zur Höhe der Steuer anrechnen, die in den Vereinigten Mexikanischen Staaten für die gleichen Einkünfte gezahlt würde;
- b) in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässige Gesellschaften können auf die von ihnen für den Bezug von Dividenden zu zahlende mexikanische Steuer die deutsche Steuer auf die Gewinne anrechnen, aus denen die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft die Dividenden ausgeschüttet hat.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Soweit nicht die Anrechnung nach Buchstabe b zu gewähren ist, werden von der deutschen Steuer die Einkünfte aus den Vereinigten Mexikanischen Staaten sowie die in diesem Staat gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Bei Dividenden ist die Befreiung nur auf die Dividenden anzuwenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von den Steuern vom Vermögen werden die Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz auszunehmen wären oder hätten ausgenommen werden müssen, falls sie gezahlt würden oder gezahlt worden wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus den Vereinigten Mexikanischen Staaten und dem dort gelegenen Vermögen zu erhebende deutsche Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die mexikanische Steuer angerechnet, die nach mexikanischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
 - aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Zinsen;
 - cc) Lizenzgebühren;
 - dd) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - ee) Einkünfte der Künstler und Sportler;
 - ff) unbewegliches Vermögen und die daraus erzielten Einkünfte;

dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen tatsächlich zu einer in den Vereinigten Mexikanischen Staaten gelegenen Betriebsstätte im Sinne des Artikels 7 oder zu einer in den Vereinigten Mexikanischen Staaten gelegenen festen Einrichtung im Sinne des Artikels 14 gehört, es sei denn, daß Buchstabe a gemäß Buchstabe d nicht für Gewinne der Betriebsstätte gilt.

Artículo 23**Métodos para
Evitar la Doble Imposición**

(1) En el caso de un residente de los Estados Unidos Mexicanos, bajo las condiciones previstas por la legislación mexicana, la doble imposición se evitará de la manera siguiente:

- a) los residentes en los Estados Unidos Mexicanos podrán acreditar contra el impuesto mexicano a su cargo, el impuesto alemán pagado hasta por un monto que no exceda del impuesto mexicano que se pagaría en los Estados Unidos Mexicanos por las mismas rentas;
- b) las sociedades que sean residentes en los Estados Unidos Mexicanos podrán acreditar contra el impuesto mexicano a su cargo derivado de la obtención de dividendos, el impuesto alemán pagado por los beneficios con cargo a los cuales la sociedad residente en la República Federal de Alemania pagó los dividendos.

(2) En el caso de un residente de la República Federal de Alemania, la doble imposición se evitará de la manera siguiente:

- a) las rentas obtenidas en los Estados Unidos Mexicanos y los elementos patrimoniales situados en este Estado que, de acuerdo con lo dispuesto en el presente Convenio, pueden someterse a imposición en el mismo, están exentos del impuesto alemán siempre y cuando no proceda su deducción conforme a lo dispuesto en el inciso b). La República Federal de Alemania conserva, sin embargo, el derecho de tomar en cuenta las rentas y elementos patrimoniales así exentos a efecto de fijar la tasa impositiva aplicable.

En el caso de dividendos la exención sólo se aplicará si éstos son pagados a una sociedad (excluidas las sociedades de personas) residente de la República Federal de Alemania por una sociedad residente de los Estados Unidos Mexicanos, cuyo capital pertenezca directamente por lo menos en un 10 por 100 a la sociedad alemana.

Las participaciones están exentas del impuesto sobre el patrimonio en caso de que sus dividendos – siempre y cuando se paguen o se hubieran pagado – deban o hubieran debido quedar exentos conforme a lo establecido en la frase precedente.

- b) A los impuestos alemanes sobre la renta, sobre las sociedades y sobre el patrimonio aplicables a las rentas obtenidas en los Estados Unidos Mexicanos y a los elementos patrimoniales situados en este Estado que se enumeran a continuación, se les aplica, teniendo presente la legislación fiscal alemana en materia de deducciones fiscales respecto a impuestos extranjeros, la deducción del impuesto mexicano que se haya pagado de conformidad con la legislación mexicana y de conformidad con el presente Convenio por:
 - aa) dividendos no comprendidos bajo el inciso a);
 - bb) intereses;
 - cc) regalías;
 - dd) honorarios de directores;
 - ee) rentas de artistas y deportistas;
 - ff) bienes inmuebles y sus correspondientes rentas;

Lo anterior no es aplicable si los bienes inmuebles pertenecen efectivamente a un establecimiento permanente del tipo mencionado en el Artículo 7, y situado en los Estados Unidos Mexicanos, o a una base fija en el sentido del Artículo 14, y situada en los Estados Unidos Mexicanos, a no ser que el inciso a) no sea aplicable a los beneficios del establecimiento permanente conforme a lo establecido en el inciso d).

- gg) Veräußerung von Aktien und Beteiligungen nach Artikel 13 Absatz 4; und
- hh) Einkünfte gemäß Artikel 21 Absatz 2.
- c) Für die Zwecke der unter Buchstabe b vorgesehenen Anrechnung wird die in den Vereinigten Mexikanischen Staaten gezahlte Steuer wie folgt angesetzt:
- aa) 10 vom Hundert der nicht unter Buchstabe a fallenden Dividenden;
- bb) 15 vom Hundert der Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 2, auch wenn die tatsächlich gezahlte Steuer niedriger ist.
- d) Ungeachtet des Buchstabens a sind Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebskapitals einer Betriebsstätte sowie die diesen Gewinnen zugrundeliegenden Vermögenswerte von der deutschen Steuer nur befreit, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder der Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus aktiven Tätigkeiten stammen.

Hinsichtlich der Einkünfte im Sinne des Artikels 10 und der ihnen zugrundeliegenden Vermögenswerte ist die Befreiung auch dann anzuwenden, wenn die Dividenden aus Beteiligungen an anderen in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässigen Gesellschaften stammen, die aktive Tätigkeiten ausüben und an denen die Gesellschaft, die die letzte Ausschüttung vornimmt, zu mehr als 25 vom Hundert beteiligt ist.

Als aktive Tätigkeiten gelten die Herstellung und der Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistungen und Bank- oder Versicherungsgeschäfte in den Vereinigten Mexikanischen Staaten. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist nur das Anrechnungsverfahren nach Buchstabe b anzuwenden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehöriger“ bedeutet

- a) hinsichtlich der Vereinigten Mexikanischen Staaten jede natürliche Person, die gemäß Artikel 30 der Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten die mexikanische Staatsangehörigkeit besitzt, sowie jede nach dem geltenden Recht der Vereinigten Mexikanischen Staaten gegründete juristische Person, Personengesellschaft und Vereinigung;
- b) hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie jede nach dem geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland gegründete juristische Person, Personengesellschaft und Vereinigung.

(3) Die Besteuerung von Betriebsstätten, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

- gg) enajenación de acciones y participaciones a que se refiere el párrafo 4 del Artículo 13; y
- hh) las rentas a que se refiere el párrafo 2 del Artículo 21.
- c) A los efectos de la deducción mencionada en el inciso anterior se considerará que ha sido pagado en los Estados Unidos Mexicanos el impuesto del:
- aa) 10 por 100 de los dividendos no incluidos en el inciso a) de este párrafo; y
- bb) 15 por 100 de las regalías en el sentido del párrafo 2 del Artículo 12, o el impuesto que haya sido pagado efectivamente, el que sea mayor.
- d) No obstante lo dispuesto en el inciso a), las rentas en el sentido de los Artículos 7 y 10 y los beneficios obtenidos por la enajenación del capital que forme parte del activo de un establecimiento permanente, así como los elementos patrimoniales de los que se deriven estos beneficios, sólo están exentos del impuesto alemán si el residente de la República Federal de Alemania prueba que las rentas del establecimiento permanente o de la sociedad proceden exclusiva o casi exclusivamente de trabajos activos.

En cuanto a las rentas en el sentido del Artículo 10 y a los elementos patrimoniales de las que se deriven, la exención también es aplicable en caso de que los dividendos procedan de participaciones en otras sociedades residentes de los Estados Unidos Mexicanos, que realicen trabajos activos y en las que la sociedad que efectúe el último reparto tenga una participación de más del 25 por 100.

Constituyen trabajos activos la producción y venta de bienes o mercancías, el asesoramiento y servicios técnicos y los negocios bancarios y de seguros realizados en los Estados Unidos Mexicanos.

Si no se cumplen estas condiciones, sólo se aplicará el procedimiento de deducción establecido en el inciso b).

Artículo 24

No Discriminación

(1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto u obligación relativo al mismo que no se exija o que sea más gravoso que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este otro Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

(2) El término "nacional" significa:

- a) en relación con los Estados Unidos Mexicanos, todas las personas físicas que poseen la nacionalidad mexicana de acuerdo con lo previsto en el Artículo 30 de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos y todas las personas morales, sociedades de personas y asociaciones, constituidas conforme a la legislación vigente en los Estados Unidos Mexicanos;
- b) en relación con la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del párrafo 1 del Artículo 116 de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania, así como todas las personas morales, sociedades de personas y asociaciones, constituidas conforme a la legislación vigente en la República Federal de Alemania.

(3) Los establecimientos permanentes que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no serán sometidos a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este otro Estado que realicen las mismas actividades. Esta disposición no puede interpretarse en el sentido de obligar a un Estado Contratante a conceder a los residentes del otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravaciones y reducciones impositivas que otorgue sólo a sus propios residentes.

(4) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 8 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen können, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der Zustellung des Steuerbescheids unterbreitet werden, der zu einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen festlegen, in welcher Form die im Abkommen vorgesehenen Ermäßigungen gewährt werden.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Artikel 1 schränkt den Informationsaustausch nicht ein. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhält, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der

(4) A menos que se apliquen las disposiciones del Artículo 9, del párrafo 8 del Artículo 11 o del párrafo 6 del Artículo 12, los intereses, regalías o demás gastos pagados por una empresa de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante son deducibles, para determinar los beneficios sujetos a imposición de esta empresa, en las mismas condiciones que si hubieran sido pagados a un residente del primer Estado. Igualmente, las deudas de una empresa de un Estado Contratante relativas a un residente del otro Estado Contratante son deducibles para la determinación del patrimonio imponible de esta empresa en las mismas condiciones que si se hubieran contraído con un residente del primer Estado.

(5) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, total o parcialmente, detentado o controlado, directa o indirectamente, por uno o varios residentes del otro Estado Contratante no están sometidas en el primer Estado a ningún impuesto u obligación relativa al mismo que no se exija o que sea más gravoso que aquéllas a los que estén o puedan estar sometidas otras empresas similares del primer Estado.

Artículo 25

Procedimiento Amistoso

(1) Cuando una persona considere que las medidas adoptadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o pueden implicar para ella una imposición que no esté conforme con las disposiciones del presente Convenio, con independencia de los recursos previstos por el Derecho interno de estos Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante del que es residente. El caso deberá ser planteado dentro de los tres años siguientes a la primera notificación de la medida que implique una imposición no conforme a las disposiciones del Convenio.

(2) La autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, hará lo posible por resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una imposición que no se ajuste a este Convenio.

(3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes harán lo posible por resolver las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del Convenio mediante acuerdo amistoso.

(4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán establecer mediante acuerdo mutuo, la forma de aplicar las reducciones de impuesto previstas en el Convenio.

(5) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes pueden comunicarse directamente entre sí a fin de llegar a un acuerdo según se indica en los párrafos anteriores. Cuando se considere que este acuerdo puede facilitarse mediante contactos personales, el intercambio de puntos de vista puede tener lugar en el seno de una comisión compuesta por representantes de las autoridades competentes de los Estados Contratantes.

Artículo 26

Intercambio de Información

(1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para aplicar lo dispuesto en el presente Convenio. El intercambio de información no está limitado por el Artículo 1. Las informaciones recibidas por un Estado Contratante serán mantenidas secretas en igual forma que las informaciones obtenidas en base al Derecho interno de este Estado y sólo se comunicarán a las personas o autoridades (incluidos los tribunales y órganos administrativos) encargados de

Veranlagung oder Erhebung, der Rechtsfeststellung oder Vollstreckung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Die genannten Personen oder Behörden verwenden diese Informationen ausschließlich für die genannten Zwecke. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomatische Vertreter und Konsularbeamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder fällig werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) bei anderen Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar beginnen, der auf das Datum folgt, an dem dieses Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft; jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder fällig werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

la gestión o recaudación de los impuestos comprendidos en el Convenio, de los procedimientos declarativos o ejecutivos relativos a estos impuestos o de la resolución de los recursos en relación con estos impuestos. Estas personas o autoridades sólo utilizarán estos informes para estos fines. Podrán revelar estas informaciones en las audiencias públicas de los tribunales o en las sentencias judiciales.

(2) En ningún caso las disposiciones del párrafo 1 pueden interpretarse en el sentido de obligar a un Estado Contratante a:

- a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;
- b) suministrar información que no se puede obtener sobre la base de su propia legislación o en el ejercicio de su práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;
- c) transmitir informaciones que revelen un secreto comercial, industrial o profesional o un procedimiento comercial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

Artículo 27

Agentes Diplomáticos y Funcionarios Consulares

Las disposiciones del presente Convenio no afectan a los privilegios fiscales que disfrutaban los miembros de las misiones diplomáticas, oficinas consulares y organizaciones internacionales, de acuerdo con los principios generales del Derecho internacional o en virtud de acuerdos especiales.

Artículo 28

Entrada en Vigor

(1) El presente Convenio será ratificado, y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Bonn lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor treinta días después del intercambio de los instrumentos de ratificación y se aplicará:

- a) en el caso de los impuestos retenidos en la fuente sobre dividendos, intereses y regalías, a las sumas pagadas o exigibles a partir del primer día del mes de enero, inclusive, del año calendario inmediato posterior al de entrada en vigor del presente Convenio;
- b) en relación a otros impuestos, por los ejercicios fiscales iniciados a partir del primer día del mes de enero siguiente a la fecha de entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 29

Denuncia

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá denunciarlo ante el otro Estado Contratante por escrito y por vía diplomática, hasta el 30 de junio de cada año calendario, una vez transcurridos cinco años desde su entrada en vigor; en tal caso el Convenio dejará de aplicarse:

- a) en el caso de los impuestos retenidos en la fuente sobre dividendos, intereses y regalías, a las sumas pagadas o exigibles a partir del primer día del mes de enero, inclusive, del año calendario inmediato posterior al de formulación de la denuncia;

- b) bei anderen Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar beginnen, der auf das Datum folgt, an dem die Kündigung ausgesprochen wird.
- b) en relación a otros impuestos, por los ejercicios fiscales iniciados a partir del primer día del mes de enero siguiente a la fecha de formulación de la denuncia.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 23. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en la Ciudad de México, el 23 de febrero de 1993, en dos originales, en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República de Alemania
Peter Dings

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
Por los Estados Unidos Mexicanos
Dr. Pedro Aspe

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Mexikanischen Staaten

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 23. Februar 1993 in Mexiko-Stadt die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

(1) Zu Artikel 7

- a) Bezüglich des Artikels 7 Absatz 1 gilt folgendes: Gewinne aus dem Verkauf von Gütern oder Waren derselben oder ähnlicher Art, wie sie durch die Betriebsstätte verkauft werden, können als der Betriebsstätte zurechenbar gelten, wenn nachgewiesen wird, daß die Betriebsstätte in irgendeiner Weise an dieser Transaktion beteiligt war.
- b) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit zugerechnet werden. Gewinne, die auf Grund von Warenlieferungen der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder eines Dritten im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit oder unabhängig davon erzielt werden, werden der Bauausführung oder Montage nicht zugerechnet.
- c) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus Planungs-, Projekt-, Bau- oder Forschungstätigkeit und aus technischen Dienstleistungen, die in diesem Staat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte ausgeübt werden, werden der Betriebsstätte nicht zugerechnet.
- d) Bei der Anwendung der Absätze 1 und 2 werden die Einkünfte oder Gewinne, die einer Betriebsstätte für die Dauer ihres Bestehens zuzurechnen sind, auch dann in dem Vertragsstaat besteuert, in dem die Betriebsstätte liegt, wenn die Zahlungen bis zu einem Zeitpunkt nach Auflösung der Betriebsstätte aufgeschoben werden.
- e) Bezüglich des Artikels 7 Absatz 3 gilt folgendes:
Nicht abzugsfähig sind (abgesehen von der Erstattung tatsächlicher Aufwendungen) die nachstehenden Vergütungen, die eine Betriebsstätte an die Zentrale oder ein anderes Büro des Unternehmens zahlt oder von diesen erhält:
 - aa) Lizenzgebühren, Honorare oder ähnliche Zahlungen für das Nutzungsrecht an Patenten oder sonstigen Rechten;
 - bb) Provisionen für konkrete Dienst- oder Verwaltungsleistungen; oder
 - cc) Zinsen auf Darlehen, die an die Betriebsstätte gewährt werden, sofern es sich nicht um eine Bank handelt.

(2) Zu den Artikeln 7 und 11

Die Artikel 7 und 11 sind nicht so auszulegen, als beschränkten sie die Möglichkeit der Vertragsstaaten, Vorschriften zur Einschränkung der Unterkapitalisierung oder der übermäßigen Verschuldung der Unternehmen anzuwenden.

Protocolo

La República Federal de Alemania
y
Los Estados Unidos Mexicanos

con motivo de la firma del Convenio entre la República Federal de Alemania y los Estados Unidos Mexicanos para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, realizada en la Ciudad de México el 23 de febrero de 1993, han acordado las siguientes disposiciones, que forman parte de dicho Convenio:

(1) ad Artículo 7

- a) En lo que concierne al Artículo 7, párrafo 1, los beneficios procedentes de la enajenación de bienes o mercancías de tipo idéntico o similar a las vendidas por el establecimiento permanente pueden considerarse como atribuibles a este establecimiento permanente siempre que esté probado que el establecimiento permanente ha participado de cualquier forma en esta operación.
- b) A una obra de construcción, instalación o montaje sólo se le podrán atribuir en el Estado Contratante en que se encuentre el establecimiento permanente los beneficios que sean resultado de tales actividades. Los beneficios obtenidos como consecuencia de suministros de mercancías de la oficina central o de otro establecimiento permanente de la empresa o de una tercera persona, que estén relacionados con dichas actividades o sean realizados con independencia de las mismas, no serán atribuibles a la obra de construcción, instalación o montaje.
- c) Las rentas obtenidas como consecuencia de actividades de planificación, proyección, construcción o investigación y servicios técnicos realizados en un Estado Contratante por un residente del mismo y relacionadas con un establecimiento permanente mantenido en el otro Estado Contratante, no se atribuirán a dicho establecimiento.
- d) Para la aplicación de los párrafos 1 y 2, las rentas o ganancias atribuibles a un establecimiento permanente durante su existencia se someterán a imposición en el Estado Contratante en que se encuentre situado dicho establecimiento permanente, aun cuando los pagos sean diferidos hasta después de que dicho establecimiento haya dejado de existir.
- e) En lo que respecta al párrafo 3 del Artículo 7, no son deducibles las cantidades pagadas o cobradas (que no sean hechas por concepto de reembolso de gastos efectivos) por el establecimiento permanente a la oficina central de la empresa o a cualquier otra de sus oficinas, por concepto de:
 - aa) regalías, honorarios o pagos análogos a cambio del derecho de utilizar patentes u otros derechos;
 - bb) comisión por servicios concretos prestados o por gestiones hechas; o
 - cc) intereses sobre el dinero prestado al establecimiento permanente, excepto en el caso de una empresa bancaria.

(2) ad Artículos 7 y 11

Las disposiciones de los Artículos 7 y 11 no se entenderán que limitan la facultad de los Estados Contratantes de aplicar reglas destinadas a limitar el fenómeno de la subcapitalización o el excesivo endeudamiento de las empresas.

(3) Zu den Artikeln 7, 12 und 14

Bezüglich des Artikels 12 gilt folgendes: Vergütungen für technische Dienstleistungen oder technische Hilfe gelten als Einkünfte, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 Anwendung findet, sofern diese Vergütungen nicht für Informationen im Zusammenhang mit gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Erfahrungen („Know how“) gezahlt werden.

(4) Zu Artikel 8

Es gilt als vereinbart, daß zu den Gewinnen nach Artikel 8 Absatz 1 nicht die Gewinne aus dem Betrieb von Hotels oder aus einer anderen Transporttätigkeit als dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(5) Zu Artikel 10

Bezüglich des Artikels 10 Absatz 3 gilt folgendes: Für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland schließt der Ausdruck „Dividenden“ die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie die ausgeschütteten Gewinne auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften ein.

(6) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

(7) Zu Artikel 11

Im Sinne des Artikels 11 Absatz 4 fallen unter Buchstabe c auch Darlehen, die für die Vereinigten Mexikanischen Staaten vom Banco Nacional de Comercio Exterior, S.N.C. und von der Nacional Financiera, S.N.C. und für die Bundesrepublik Deutschland von der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft oder durch Hermes-Deckung verbürgt sind.

(8) Zu Artikel 11

Bezüglich des Artikels 11 Absatz 7 Satz 2 gilt folgendes:

Wird das Darlehen vom Hauptsitz des Unternehmens vereinbart und kommt sein Gegenwert verschiedenen Betriebsstätten oder festen Einrichtungen in verschiedenen Ländern zugute, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt, sofern die Zinsen von dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gezahlt werden.

(9) Zu Artikel 12

Bezüglich des Artikels 12 Absatz 5 Satz 2 gilt folgendes:

Wird die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren vom Hauptsitz des Unternehmens eingegangen und gehören die Rechte oder Vermögenswerte tatsächlich zu verschiedenen Betriebsstätten oder festen Einrichtungen in verschiedenen Ländern, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt, sofern die Lizenzgebühren von dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gezahlt werden.

(3) ad Artículos 7, 12 y 14

En lo que se refiere al Artículo 12, las remuneraciones pagadas por servicios técnicos o de asistencia técnica, se consideran como rentas a las cuales se les aplican las disposiciones del Artículo 7 o del Artículo 14, siempre que dichas remuneraciones no sean pagadas por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas („know how“).

(4) ad Artículo 8

Se entiende que los beneficios a que se refiere el párrafo 1 del Artículo 8 no incluyen los beneficios que se obtengan de la operación de hoteles o de una actividad de transporte distinta a la operación de buques o aeronaves en tráfico internacional.

(5) ad Artículo 10

En lo que concierne al párrafo 3 del Artículo 10, para los efectos de la tributación en la República Federal de Alemania, el término dividendos incluye los rendimientos obtenidos por un socio oculto („Stiller Gesellschafter“) de su participación como tal y los repartos de beneficios respecto a los certificados de participación en sociedades de inversión.

(6) ad Artículos 10 y 11

No obstante las disposiciones de estos Artículos, los dividendos e intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación del mismo cuando:

- a) se basen en derechos o créditos con participación en las ganancias (incluidas las rentas de un socio oculto („Stiller Gesellschafter“) procedentes de su participación o de un préstamo con carácter de participación en los beneficios u obligaciones con interés variable en el sentido de la legislación fiscal de la República Federal de Alemania), y
- b) sean deducibles en el cálculo de los beneficios del deudor de los dividendos o intereses.

(7) ad Artículo 11

A los efectos de lo dispuesto en el párrafo 4 del Artículo 11, se consideran incluidos en el inciso c) de dicho párrafo, los préstamos garantizados por el Banco Nacional de Comercio Exterior, S. N. C. y Nacional Financiera, S.N.C., en el caso de los Estados Unidos Mexicanos, y el Kreditanstalt für Wiederaufbau, el Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft o el Hermes-Deckung, en el caso de la República Federal de Alemania.

(8) ad Artículo 11

A los efectos de lo dispuesto en la segunda parte del párrafo 7 del Artículo 11, cuando el préstamo se contrae por la oficina central de la empresa y su producto afecta a varios establecimientos permanentes o bases fijas situados en diferentes países, los intereses se consideran como procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente o la base fija, en la medida en que los intereses sean soportados por dicho establecimiento permanente o base fija.

(9) ad Artículo 12

Para los efectos de lo dispuesto en la segunda parte del párrafo 5 del Artículo 12, cuando la obligación de pagar las regalías se contrae por la oficina central de la empresa y el derecho o propiedad esté vinculado efectivamente con varios establecimientos permanentes o bases fijas situados en diferentes países, las regalías se consideran como procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente o la base fija, en la medida en que las regalías sean soportadas por dicho establecimiento permanente o base fija.

(10) Zu Artikel 15

Bezüglich des Artikels 15 Absatz 3 gilt folgendes:

Das in diesem Absatz verwendete Wort „Unternehmen“ bezieht sich auf die Person, der die Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr zufließen.

(11) Zu Artikel 23

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Ausschüttung, so schließt Absatz 2 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

(12) Zu den Artikeln 23 und 25

Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 2 Buchstabe b und nicht durch Steuerbefreiung im Sinne des Artikels 23 Absatz 2 Buchstabe a,

- a) wenn die Einkünfte oder Vermögenswerte in den Vertragsstaaten verschiedenen Bestimmungen des Abkommens zuzuordnen oder verschiedenen Personen (mit Ausnahme der in Artikel 9 genannten Personen) zuzurechnen sind und dieser Konflikt nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 beigelegt werden kann, und
 - aa) wenn die entsprechenden Einkünfte oder Vermögenswerte infolge dieser Zuordnung oder Zurechnung Gegenstand einer Doppelbesteuerung sind, oder
 - bb) wenn die entsprechenden Einkünfte oder Vermögenswerte infolge dieser Zuordnung oder Zurechnung in den Vereinigten Mexikanischen Staaten unbesteuert bleiben oder unangemessen niedrig besteuert werden und (vorbehaltlich der Anwendung dieses Absatzes) in der Bundesrepublik Deutschland von der Steuer befreit sind,
- oder
- b) wenn die Bundesrepublik Deutschland den Vereinigten Mexikanischen Staaten im Rahmen der entsprechenden Beratung und vorbehaltlich der Einschränkungen nach ihrem innerstaatlichen Recht auf diplomatischem Weg sonstige Einkünfte mitgeteilt hat, für die sie die Anwendung dieses Absatzes vorsieht, um zu verhindern, daß Einkünfte in beiden Vertragsstaaten von der Steuer befreit sind oder sonstige Regelungen zur ungerechtfertigten Anwendung des Abkommens getroffen werden.

Im Falle einer Mitteilung nach Buchstabe b können die Vereinigten Mexikanischen Staaten vorbehaltlich einer Mitteilung auf diplomatischem Weg die genannten Einkünfte auf Grund des Abkommens entsprechend der Charakterisierung der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland näher bezeichnen. Eine Mitteilung nach Maßgabe dieses Absatzes wird mit dem ersten Tag des auf das Jahr der Mitteilung folgenden Kalenderjahrs wirksam, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen für ihr Wirksamwerden nach dem innerstaatlichen Recht des mitteilenden Staates erfüllt sind.

(13) Zu Artikel 24

Artikel 24 Absatz 5 ist keinesfalls so auszulegen, als hindere er die Vereinigten Mexikanischen Staaten, bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage für die Aktivsteuer hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen eingegangenen Schulden die gleichen Grenzen zu

(10) ad Artículo 15

En relación al párrafo 3 del Artículo 15, se entiende que la palabra "empresa" utilizada en dicho párrafo se refiere a la persona que obtiene los beneficios procedentes de la operación en tráfico internacional de buques o aeronaves.

(11) ad Artículo 23

En caso de que una sociedad residente de la República Federal de Alemania utilice rentas procedentes de fuentes situadas en los Estados Unidos Mexicanos para proceder al reparto correspondiente, el párrafo 2 no impedirá que dicho reparto se grave conforme a las disposiciones de la legislación fiscal alemana.

(12) ad Artículo 23 y Artículo 25

La República Federal de Alemania evitará la doble imposición mediante deducción fiscal con arreglo al Artículo 23, párrafo 2, inciso b), y no mediante la exención fiscal a que se refiere el Artículo 23, párrafo 2, inciso a), si:

- a) en los Estados Contratantes las rentas o los elementos patrimoniales se encuentran sujetos a diferentes disposiciones del Convenio o son atribuidos a distintas personas (a excepción de las mencionadas en el Artículo 9) y este conflicto no sea susceptible de dirimirse mediante un procedimiento con arreglo al Artículo 25, y
 - aa) como resultado de esa sujeción o atribución, las rentas o bienes patrimoniales respectivos sean objeto de doble imposición; o
 - bb) como resultado de esa sujeción o atribución, las rentas o bienes patrimoniales respectivos queden libres de impuestos o sean sometidos a una imposición inadecuadamente reducida en los Estados Unidos Mexicanos y queden (sin perjuicio de la aplicación del presente párrafo) exentos de impuestos en la República Federal de Alemania; o
- b) la República Federal de Alemania, tras la consulta respectiva y a reserva de las limitaciones de su derecho interno, ha notificado a los Estados Unidos Mexicanos por la vía diplomática otras rentas a las cuales tenga previsto aplicar el presente párrafo, a fin de evitar la exención fiscal de rentas en ambos Estados Contratantes u otras operaciones que resulten en la aplicación indebida del presente Convenio.

En caso de notificación con arreglo a lo dispuesto en el inciso b), los Estados Unidos Mexicanos podrán, a reserva de una notificación por la vía diplomática, caracterizar dichas rentas para los efectos del presente Convenio de conformidad con la caracterización de las rentas que efectúe la República Federal de Alemania. Una notificación con arreglo a lo dispuesto en el presente párrafo surtirá sus efectos a partir del primer día del año calendario siguiente a aquél en que se transmita la notificación y se hayan cumplido todos los requisitos legales para la perfección de la misma según el derecho interno del Estado notificante.

(13) ad Artículo 24

Nada de lo previsto en el párrafo 5 del Artículo 24, se entenderá en el sentido de que impide a los Estados Unidos Mexicanos establecer límites a la deducibilidad de las deudas contraídas por empresas residentes en la República Federal de Alemania, para determinar la base imponible en el impuesto al activo, en la misma

setzen, wie sie hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der Schulden gilt, die in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässige Unternehmen eingehen.

forma que se limite la deducibilidad de las deudas contraídas por empresas residentes en los Estados Unidos Mexicanos.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 23. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en la Ciudad de México, el 23 febrero de 1993, en dos originales, en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República de Alemania
Peter Dings

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
Por los Estados Unidos Mexicanos
Dr. Pedro Aspe

Notenwechsel

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten unter Bezugnahme auf ihre Verbalnote Nr. 123/93 vom 28. April 1993 sowie die Antwortnote Nr. 004168 vom 29. Juli 1993 zu dem am 23. Februar 1993 in Mexiko-Stadt unterzeichneten Abkommen zwischen den Vereinigten Mexikanischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen folgenden Wortlaut als Ergänzung zum Protokoll des genannten Abkommens vorzuschlagen:

„(14) Zu Artikel 26

Soweit nach diesem Artikel personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend hierzu die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Beide Vertragsstaaten sind verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden bzw. der übermittelten Daten zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem anderen Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der betreffenden Daten vorzunehmen.
- b) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- c) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine gebührende Abwägung des Falls ergibt, daß das öffentliche Interesse an der Nichterteilung der Auskunft das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird, sofern das jeweilige nationale Recht dies vorsieht.

Falls sich die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten mit den Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine ergänzende Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zu Artikel 26 des Abkommens bilden, die gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft tritt.“

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Mexiko-Stadt, den 20. August 1993

An
Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
Tlatelolco

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Nota Verbal

La Embajada de la República Federal de Alemania saluda muy atentamente a la Honorable Secretaría de Relaciones Exteriores de los Estados Unidos Mexicanos y, refiriéndose a su Nota Verbal No. 123/93 del 28 de abril de 1993 y la Nota de contestación No. 004168 del 29 de julio de 1993 con referencia al Convenio entre los Estados Unidos Mexicanos y la República Federal de Alemania para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, firmado el 23 de febrero de 1993 en México, D.F., tiene el honor de proponer la formulación siguiente para suplemento del Protocolo del Acuerdo mencionado:

„(14) ad Artículo 26

En la medida en que en virtud de este Artículo se proceda a la transmisión de datos personales, serán de aplicación, como complementos los preceptos que a continuación se detallan, de conformidad con las disposiciones legales vigentes para cada uno de los Estados Contratantes:

- a) Ambos Estados Contratantes transmisores están obligados a velar tanto por la exactitud de los datos a transmitir como por la de los ya transmitidos. De comprobarse que fueron transmitidos datos inexactos o datos cuya transmisión no estaba permitida, dicho extremo habrá de comunicarse sin dilatación al otro Estado Contratante. Este está obligado a rectificar o a destruir los datos en cuestión.
- b) Los Estados Contratantes están obligados a hacer constar en acta la transmisión y la recepción de datos personales.
- c) Los Estados Contratantes están obligados a proteger cumplidamente los datos personales transmitidos frente a cualquier tipo de acceso, modificación y comunicación no autorizados.
- d) Previa petición, el interesado debe ser informado de los datos que consten en relación con su persona y de la finalidad con que se hicieron constar. No existe obligación de informar en el supuesto de que, debidamente ponderado el caso, el interés público de no facilitar la información en cuestión prime sobre el interés de la persona afectada en recibirla. Por lo demás se rige el derecho del interesado a recibir información sobre los datos que consten en relación con su persona por la legislación interna del Estado Contratante en cuyo territorio se solicite la información, siempre y cuando la ley nacional respectiva lo prevea.

En caso de que el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos se declare conforme con las propuestas del Gobierno de la República Federal de Alemania, la presente Nota Verbal y la Nota de respuesta de la Secretaría de Relaciones Exteriores en la que conste la conformidad del Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos constituirán un Acuerdo adicional entre el Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos con respecto al Artículo 26 del Convenio, entrando dicho Acuerdo en vigor al mismo tiempo que éste último.“

La Embajada de la República Federal de Alemania aprovecha la ocasión para renovar a la Honorable Secretaría de Relaciones Exteriores las seguridades de su más alta y distinguida consideración.

México, D.F., a 20 de agosto de 1993

A la Honorable
Secretaría de
Relaciones Exteriores
Tlatelolco

Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten der Vereinigten
Mexikanischen Staaten

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland seine Grüße und nimmt erneut Bezug auf ihre Verbalnote Nr. 244/93 vom 20. August des Jahres, die folgenden Wortlaut hat:

(Es folgt der Text der einleitenden Note)

In Beantwortung der oben wiedergegebenen Note der Botschaft beehrt sich das Ministerium, der Botschaft mitzuteilen, daß die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten diesen Wortlaut annimmt und demzufolge damit einverstanden ist, daß diese Note und das vorliegende Schreiben eine Vereinbarung zwischen beiden Regierungen bilden werden, die an dem in Artikel 28 des am 23. Februar 1993 in Mexiko-Stadt unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen genannten Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Mexiko-Stadt, den 21. September 1993

An die
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Secretaría de Relaciones
Exteriores de los Estados
Unidos Mexicanos

La Secretaría de Relaciones Exteriores saluda atentamente a la Embajada de la República Federal de Alemania y hace nueva referencia a su Nota Verbal No. 244/93, del 20 de agosto del año en curso, cuyo texto es el siguiente:

(Es folgt der Text der einleitenden Note)

En respuesta a la atenta Nota de la Embajada arriba transcrita, la Secretaría tiene el agrado de comunicarle a la Embajada que el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos acepta los términos de la misma y, en consecuencia, conviene en que dicha Nota y la presente, constituyen un Acuerdo entre ambos Gobiernos, que entrará en vigor en la fecha en que se intercambien los instrumentos de ratificación a que se refiere el Artículo 28 del Convenio entre los Estados Unidos Mexicanos y la República Federal de Alemania para Evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, suscrito en la Ciudad de México, el 23 de febrero de 1993.

La Secretaría de Relaciones Exteriores aprovecha la oportunidad para renovar a la Embajada de la República Federal de Alemania el testimonio de su más alta consideración.

México, D.F., a 21 de septiembre de 1993

A la Embajada de la
República Federal de Alemania

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Veröffentlichung von deutschen Übersetzungen
der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen**

Vom 21. Oktober 1993

Auf Grund des Artikels II § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. 1976 II S. 649) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Übertragung der Ermächtigung nach Artikel II § 2 Abs. 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 27. November 1978 (BGBl. II S. 1377) verordnet der Präsident des Deutschen Patentamts:

Artikel 1

Die Verordnung über die Veröffentlichung von deutschen Übersetzungen der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen vom 18. Dezember 1978 (BGBl. II S. 1469) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Verordnung
über die Übersetzungen der Ansprüche
europäischer Patentanmeldungen
(AnsprÜbersV)“.

2. § 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden die Worte „gegebenenfalls Postzustellbezirk,“ gestrichen.
- b) Nummer 9 wird wie folgt gefaßt:
„9. falls ein Vertreter bestellt worden ist, dessen Vor- und Zuname und Anschrift,“
- c) Nummer 10 wird aufgehoben.
- d) Nummer 11 wird Nummer 10.

3. § 4 wird wie folgt gefaßt:

„§ 4

Die Übersetzung hat § 8 Abs. 1 Satz 2, 5 und 6 und Abs. 2 bis 5 der Patentanmeldeverordnung zu entsprechen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

München, den 21. Oktober 1993

Der Präsident des Deutschen Patentamts
Dr. Häußler

Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 89
über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung von Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtungen
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 89)

Vom 3. November 1993

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 89 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung von

- I. Fahrzeugen hinsichtlich der Begrenzung ihrer Höchstgeschwindigkeit,
- II. Fahrzeugen hinsichtlich des Einbaus einer Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtung eines genehmigten Typs,
- III. Geschwindigkeits-Begrenzungseinrichtungen

wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.*)

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 3. April 1993 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 89 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 3. November 1993

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die ECE-Regelung Nr. 89 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes Teil II ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird dieser Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
Vom 13. Oktober 1993**

Das Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1956 II S. 411) ist nach seinem Artikel 92 Buchstabe b für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belarus	am	4. Juli 1993
Bosnien-Herzegowina	am	12. Februar 1993
Estland	am	23. Februar 1992
Kirgisistan	am	27. März 1993
Kroatien	am	9. Mai 1992
Litauen	am	7. Februar 1992
Marshallinseln	am	17. April 1988
Slowakei	am	14. April 1993
Tschechische Republik	am	3. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. März 1993 (BGBl. II S. 740).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
Vom 13. Oktober 1993**

Das Protokoll vom 24. September 1968 über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1971 II S. 984) ist nach seinem Artikel V für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belarus	am	4. Juli 1993
Bosnien-Herzegowina	am	12. Februar 1993
Estland	am	23. Februar 1992
Kirgisistan	am	27. März 1993
Kroatien	am	9. Mai 1992
Litauen	am	7. Februar 1992
Slowakei	am	14. April 1993
Tschechische Republik	am	3. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. März 1993 (BGBl. II S. 741).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über Änderungen
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 13. Oktober 1993

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 45 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Estland	am	21. August 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 48 Buchstabe a, Artikel 49 Buchstabe e und Artikel 61 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Estland	am	21. August 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. September 1990 (BGBl. II S. 1334).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zur 2. Änderung
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 13. Oktober 1993

Das Protokoll vom 21. Juni 1961 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – 2. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1962 II S. 884) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Estland	am	21. August 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. März 1989 (BGBl. II S. 267).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 13. Oktober 1993

Das Protokoll vom 16. Oktober 1974 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1983 II S. 763) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Estland	am	21. August 1992
Papua-Neuguinea	am	5. Oktober 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. September 1992 (BGBl. II S. 1012).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zur 4. Änderung
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 14. Oktober 1993

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Estland	am	21. August 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. September 1992 (BGBl. II S. 1024).

Bonn, den 14. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Vom 19. Oktober 1993

Bulgarien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. Mai 1993 die nachstehende Erklärung nach Artikel 14 Abs. 1 des Übereinkommens vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 16. Oktober 1969, BGBl. II S. 2211):

(Übersetzung)

(Courtesy translation) (Original: Bulgarian)

(Höflichkeitsübersetzung)

(Original: Bulgarisch)

In accordance with article 14 (1) of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, the Republic of Bulgaria declares that it recognizes the competence of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination to receive and consider communications from individuals or groups of individuals within its jurisdiction claiming to be victims of a violation by the Republic of Bulgaria of any of the rights set forth in this Convention.

Nach Artikel 14 Absatz 1 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung erklärt die Republik Bulgarien, daß sie die Zuständigkeit des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung für die Entgegennahme und Erörterung von Mitteilungen einzelner seiner Hoheitsgewalt unterstehender Personen oder Personengruppen anerkennt, die vorgeben, Opfer einer Verletzung eines in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechts durch die Republik Bulgarien zu sein.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Juni 1993 (BGBl. II S. 1188).

Bonn, den 19. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

Vom 21. Oktober 1993

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Äthiopien	am 11. September 1993
Dominica	am 17. September 1993.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. September 1993 (BGBl. II S. 1930).

Bonn, den 21. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Charta der Vereinten Nationen**

Vom 22. Oktober 1993

Die Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 (BGBl. 1973 II S. 430, 505; 1974 II S. 769; 1980 II S. 1252) sowie das Statut des Internationalen Gerichtshofs, das Bestandteil der Charta ist, sind für

Andorra	am 28. Juli 1993
---------	------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. September 1993 (BGBl. II S. 1931).

Bonn, den 22. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Preis des Anlagebandes: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über das Verbot
der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen
und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen**

Vom 22. Oktober 1993

Das Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1983 II S. 132) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Botsuana	am	5. Februar 1992
Brunei Darussalam	am	31. Januar 1991
El Salvador	am	31. Dezember 1991
Kolumbien	am	19. Dezember 1983
Malediven	am	1. Juli 1993
Oman	am	31. März 1992
Swasiland	am	18. Juni 1991.

Botsuana hat seine Ratifikationsurkunde am 5. Februar 1992 in Washington hinterlegt. Brunei Darussalam hat seine Beitrittsurkunde am 31. Januar 1991 in London hinterlegt. El Salvador hat seine Ratifikationsurkunde am 31. Dezember 1991, und Kolumbien hat seine Ratifikationsurkunde am 19. Dezember 1983 in Washington hinterlegt. Die Malediven haben ihre Beitrittsurkunden am 1. Juli 1993 in London und am 2. August 1993 in Moskau hinterlegt. Oman hat seine Beitrittsurkunde am 31. März 1992 in Washington hinterlegt. Swasiland hat seine Beitrittsurkunde am 18. Juni 1991 in London hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. September 1993 (BGBl. II S. 1929).

Bonn, den 22. Oktober 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann